



## Ihr seid in der Verantwortung!

**Wir erwarten ein klares politisches Bekenntnis zu Tarifverträgen und ein entsprechendes Handeln.**

Liebe Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, **Annalena Baerbock** und **Robert Habeck**,  
liebe grüne Finanzminister\*innen der Länder, **Monika Heinold** (Schleswig-Holstein), **Dietmar Strehl**  
(Bremen), **Danyal Bayaz** (Baden-Württemberg),

wir sind Tutor\*innen und studentische Hilfskräfte aus der bundesweiten Initiative für einen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte (TVStud). Wir sind die Initiative, welche sich für die Tarifierung der über **300.000 Studentischen Beschäftigten** an den deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen einsetzt. Eine solche Regelung gibt es aktuell nur im Bundesland Berlin. Die Folgen der Vorenthaltung eines Tarifvertrags in den anderen Bundesländer sind für uns Studentische Beschäftigte immens:

- Unsere Bezahlung liegt an einem Großteil der Hochschulen auf Mindestlohniveau von derzeit 9,60€ und damit **weit unter dem durchschnittlichen Lohn von Studierenden**<sup>1</sup>. Von dem in Eurem Wahlprogramm von Euch geforderten Mindestlohn von mindestens 12€ ist das erst recht noch weit entfernt.
- **Dauerbefristungen durch Kettenverträge** und damit fehlende Planungssicherheit sind für uns ein Dauerzustand. Über 70% der Arbeitsverträge von uns Studentischen Beschäftigten (außer in Berlin!) sind auf zwei bis maximal sechs Monate befristet.
- Kettenbefristung verstärkt unsere ohnehin bestehenden Abhängigkeiten von den Vorgesetzten. Dass **arbeitsrechtliche Mindeststandards** wie Urlaubsanspruch und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht eingehalten werden, gehört zu unserer Arbeitsrealität.
- Von **betrieblicher Mitbestimmung** sind wir weitestgehend ausgeschlossen. Kurze Vertragslaufzeiten verhindern strukturell die Vertretung unserer Beschäftigtengruppe in Personalräten. In einigen Bundesländern fehlt eine gesetzliche Berücksichtigung sogar vollständig. Dies verschärft insbesondere das Problem der fehlenden Einhaltung von gesetzlichen Mindeststandards.

Dass es uns als Bewegung überhaupt braucht, ist ein Skandal. Es handelt sich bei unserer Beschäftigtengruppe um die **größte Tariflücke im Zuständigkeitsbereich des Staates!** Wie wir Eurem Parteiprogramm entnehmen können, seid Ihr der Auffassung, dass in der Tarifrfrage dem Staat eine besondere Vorbildfunktion zukommt. In den nächsten Monaten habt Ihr nun die Möglichkeit, dieses Bekenntnis durch politische Entscheidungen unter Beweis zu stellen.

Ab 8. Oktober startet die Tarifrunde der Länder. Gemeinsam mit unseren Gewerkschaften ver.di und GEW fordern wir in dieser von der „Tarifgemeinschaft deutscher Länder“, dass diese endlich ihre Blockadehaltung gegenüber einer Tarifierung Studentischer Beschäftigter aufgibt. Denn in den Ländern, in denen es grundsätzlich die Bereitschaft gibt, einen Tarifvertrag „TVStud“ nach dem Berliner Vorbild zu verhandeln, fühlt man sich an einen Beschluss des Arbeitgeberverbands gebunden. Der bisherige Beschluss eines staatlichen Arbeitgebers gegen den Abschluss von Tarifverträgen ist nicht nur ein absolutes Unding, sondern steht auch Eurer Forderung, **„dass Tarifverträge und starke Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gelten [sollen]“**<sup>2</sup>, entgegen.

<sup>1</sup> Studitemps GmbH 2019.

<sup>2</sup> Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021, S. 105.

Sofern Ihr wirklich auf Seiten von uns Beschäftigten steht, erwarten wir von Euch:

Dass Ihr, Annalena und Robert, Euch als Vorsitzende Eurer Parteien zur Bedeutung von Tarifverträgen positioniert. Dazu gehört ein **klares Bekenntnis für das Schließen der größten Tariflücke im öffentlichen Sektor** und damit für den Abschluss eines TVStud.

Dass Ihr, Monika Heinold, Dietmar Strehl und Danyal Bayaz, Euch als Finanzminister\*innen der Länder innerhalb des Arbeitgeberverbandes gegen diesen aktuellen Beschluss stellt, welcher dem Sozialstaatsprinzip zuwider geht. **Als grüne Finanzminister\*innen habt Ihr die politische Verantwortung und gemeinsam mit euren sozialdemokratischen Kolleg\*innen innerhalb des Arbeitgeberverbandes auch die entsprechende Mehrheit, einen solchen Beschluss zu kippen.** Wenn Euch die Mehrheiten innerhalb Eurer Landesregierung fehlen, eine Tarifierung Studentischer Beschäftigter gegen eine arbeitnehmerfeindliche Mehrheit durchzusetzen, habt Ihr somit zumindest die Möglichkeit, Eurer politischen Verantwortung gerecht zu werden und den Weg zu Verhandlungen in anderen Ländern freizumachen.

Wir erwarten ein zeitnahes und klares Bekenntnis von Euch und stehen darüber hinaus gerne für Gespräche zur Verfügung.

Erwartungsvoll,  
die bundesweite Vernetzung von Initiativen für einen Tarifvertrag Studentischer Beschäftigter (TVStud)

TVStud Aachen  
TVStud Baden-Württemberg  
TVStud Berlin  
TVStud Bielefeld  
TVStud Bonn  
TVStud Bremen  
TVStud Darmstadt  
TVStud Frankfurt am Main  
TVStud Göttingen  
TVStud Hagen  
TVStud Hamburg  
TVStud Hannover  
TVStud Köln  
TVStud Mainz  
TVStud Mecklenburg-Vorpommern  
TVStud Münster  
TVStud Oldenburg/Emden  
TVStud Sachsen  
TVStud Schleswig-Holstein  
TVStud Siegen  
TVStud Thüringen  
TVStud Wuppertal